

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 177 (2011)

Heft: 4

Artikel: NATO-Gipfeltreffen Lissabon : die wichtigsten Beschlüsse

Autor: Tallat, Nicolas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NATO-Gipfeltreffen Lissabon: Die wichtigsten Beschlüsse

Am NATO-Gipfeltreffen in Lissabon verabschiedeten die 28 NATO-Mitgliedstaaten ein Neues Strategisches Konzept, eine Abzugsstrategie der ISAF-Truppen für Afghanistan sowie eine NATO-Reform. Ebenfalls wurden wichtige Weichen des weltweit grössten Militärbündnisses für die Zukunft neu gestellt.



Nicolas Tallat

Am 19. und 20. November 2010 trafen sich Staats- und Regierungschefs sowie Aussen- und Verteidigungsminister auf dem NATO-Gipfel in Lissabon.

Die neue Strategie soll sich mit dem internationalen Terrorismus sowie mit Attacken aus dem Internet – so genannte Cyberattacks – befassen. Ganz neue Wege will die NATO in Zukunft bei der Verteidigung gegen Angriffe mit Lang- oder Mittelstrecken-Raketen gehen. Dabei wurde Russland eingeladen, an dem Raketen schild mitzuwirken.

Neues Strategisches Konzept: Aktives Engagement, moderne Verteidigung



«Aktiver Einsatz, moderne Verteidigung», lautet die Überschrift des neuen Strategie-Konzepts der NATO. Es löst die elfjährigen Leitlinien von 1999 ab und soll die Marschroute für das kommende Jahrzehnt festlegen.

Mit der neuen Strategie soll die NATO nebst der militärischen auch eine zivile Kapazität aufbauen, welche beispielsweise bei Kriseneinsätzen das Bündnis effizienter machen soll. Es werden neue Bedrohungen wie ein Angriff auf Computernetze definiert. Diese Angriffe richten sich zum Beispiel gegen Atomkraftwerke oder Regierungsnetze. Im neuen strategischen Konzept wurde auch erstmals das Ziel formuliert, eine atomwaffenfreie Welt anzustreben. Solange allerdings Staaten ausserhalb des Bündnisses Atomwaffen besitzen, hält die NATO ebenfalls an Atomwaffen fest. Die NATO bleibt auch in der neuen Strategie ihrer Beistands-

pfligt treu: «Ein Angriff gegen ein Mitglied ist ein Angriff gegen alle».

Raketenabwehr: Kalter Krieg endgültig überwunden

Ebenfalls im Strategiepapier verankert ist der Aufbau einer Raketenabwehr, die das Bündnisgebiet in Europa umfassen soll. Dazu sollen alle NATO-Staaten ihre Anti-Raketensysteme einbringen und vernetzen. Das neue Schutzschild geht über die bisher vorhandenen Systeme hinaus. Diese sind mit einer Reichweite von bis zu 3000 Kilometern lediglich darauf ausgelegt, im Einsatz befindliche Truppen der Allianz zu schützen. Die NATO will neben einer Raketenabwehr zum Schutz der Truppen auch implizit ein neues System gegen iranische Mittelstreckenraketen aufbauen. Russland hat die Einladung zur Zusammenarbeit mit der NATO angenommen. Dabei geht es zunächst um einen Informationsaustausch wie auch um eine gemeinsame Analyse der Bedrohung anfliegender Raketen. Beide Abwehrsysteme in Ost und West sollen künftig bei der Abwehr von Bedrohungen von aussen militärisch kooperieren. Der Aufwand für die Vernetzung von geplanten Systemen, mit dem Ziel die Territorien sowie die Bevölkerung von NATO-Staaten zu schützen, wird mit 200 Millionen Euro beziffert.

NATO-Reform: Verschlankeung der Kommandostrukturen

Mit der NATO-Reform sollen die bestehenden NATO-Strukturen verkleinert und somit flexibler werden. Die Zahl der Hauptquartiere wird von derzeit 13 auf künftig 7 reduziert. Dies bedeutet, dass eines der drei grossen Hauptquartiere (HQ) aufgehoben und vier weitere taktisch-organisatorisch fusioniert werden. Dabei

reduziert die NATO ihr Personal von 13 200 auf künftig knapp 9000 oder sogar 8500. Die 14 existierenden NATO-Agenturen sollen auf drei Agenturen (Einkauf, Kommunikation, Logistik inkl. Administration) reduziert werden. Dennoch soll die neue Kommandostruktur unverändert in der Lage sein, zwei grosse sowie sechs kleinere militärische Einsätze gleichzeitig zu führen.

NATO – North Atlantic Treaty Organization

Gründung:	4. April 1949
NATO Hauptsitz:	Brüssel (Belgien)
Generalsekretär:	Anders Fogh Rasmussen
SACEUR: (Supreme Allied Commander Europe)	James G. Stavridis
Mitgliedstaaten:	28
Website:	www.nato.int

«Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat»

Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (Euro-Atlantic Partnership Council – EAPC) wurde 1997 gegründet und hat zum Ziel, die politische und militärische Zusammenarbeit der zurzeit 28 Mitglied- und 22 europäischen Partnerstaaten zu stärken.

Er bietet einen allgemeinen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Partnerländern in der euroatlantischen Region. Die bilateralen Beziehungen zwischen der NATO und den einzelnen Partnerländern findet im Rahmen des Programms der Partnerschaft für den Frieden (PfP) statt.

Für die Schweiz – weder Mitglied der EU noch der NATO – bietet der Euro-

Atlantische Partnerschaftsrat sowie die Partnerschaft für den Frieden einen institutionellen Zugang zu internationalen Fragen in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Rüstung.

«Partnerschaft für den Frieden»

Die Partnerschaft für den Frieden erlaubt zudem, programmspezifische Kooperationen in die Praxis umzusetzen. Die Schweiz bildet zusammen mit den anderen west-europäischen Nicht-NATO-Staaten eine eigene Interessengruppe. Die Ansprüche der NATO an die Nicht-Partnerstaaten im Bereich der Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen steigen immer mehr. Dafür werden diese Partner immer häufiger und frühzeitiger in die Konsultationen und Entscheidungsprozesse der NATO miteinbezogen.

NATO-Gipfeltreffen: Konsequenzen für die Partnerstaaten

Aus der Gipfelerklärung von Lissabon – herausgegeben von den Staats- und Regierungschefs, die an der Tagung des Nordatlantikrats in Lissabon teilgenommen haben – geht hervor, dass die NATO den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit mit ihren Partnern ausbauen will.

Die NATO bekräftigt unter dem Titel «Stärkere und erweiterte Partnerschaften» den künftigen Kurs der NATO wie folgt:

Stärkung der Partnerschaften:

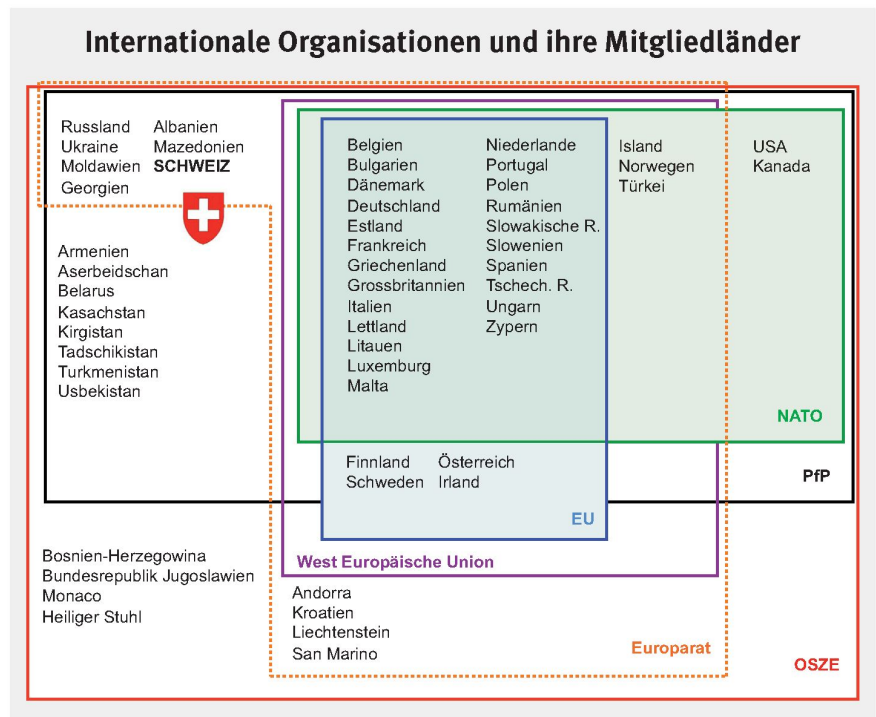
Partnerschaften stärken die euroatlantische Sicherheit und Stabilität und schaffen Rahmenstrukturen für den politischen Dialog sowie für die regionale Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich.

Ausbau des politischen Dialogs sowie der Zusammenarbeit:

- Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat und Partnerschaft für den Frieden
- Mittelmeerdialog (MD)
- Istanbuler Kooperationsinitiative (ICI)
- Beziehungen NATO zu Partnern auf der ganzen Welt.

Bessere Bewertung der Kooperationsaktivitäten mit Partnern:

- Straffung und harmonisieren der Partnerschaftsinstrumente der NATO; gezielte Öffnung der kooperativen Aktivitäten und Übungen für die Partner



- Vertrauen schaffen, Transparenz erhöhen und praktische Zusammenarbeit fördern
- Aufbau und verbessern der Ausbildungsmechanismen der NATO.

Leistungsfähigere und flexiblere Partnerschaftspolitik:

Ausarbeitung einer leistungsfähigeren und flexibleren Partnerschaftspolitik unter Konsultation der Partnerländer.

Zusammenarbeit bei Operationen und Missionen:

Überprüfung des politisch-militärischen Rahmens für NATO-geführte Operationen mit Beteiligung von Partnerländern.

Aus rüstungspolitischer Sicht liegt die «Neuaufrichtung» der Partnerschaften im Interesse der Schweiz. Die rüstungsrelevante Zusammenarbeit im Rahmen EAPC/PfP ermöglicht den Austausch von Know-how in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Beschaffung und Rüstungsindustrie. Der Zugang zu neuen Technologiefeldern kann gewährleistet werden. Die Rüstungspolitik des Bundesrates hält fest, dass zur Kostenreduktion und Sicherstellung der Interoperabilität nach Möglichkeit internationale Standards anzuwenden sind. Die meisten NATO-Standards (sog. Standardization Agreements – STANAGs) können im Rahmen der eingeführten Prozesse auch Partnerstaaten zugänglich gemacht werden.

Die NATO fordert – auch im neuen strategischen Konzept – von den PfP-Staaten wie der Schweiz im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden zunehmend «high-value contributions» (qualitativ und quantitativ), wie zum Beispiel Logistikdienstleistungen in Friedensförderungseinsätzen (Peace Support Framework), Einbringen von Expertisen in Fachausschüssen (Expertise contribution format), Ausbildungsunterstützung und Finanzierungen von Programmen («Trust Funds» beispielsweise für die Vernichtung von Antipersonenminen). Der Zugang von Partnerstaaten zu sensitiven und zukunftsgerichteten Technologiegebieten hängt massgebend von der Stärke und dem Wert der erbrachten Beiträge ab («cooperation through contribution»). Je früher sich die Schweiz als aktiver und anerkannter Akteur und Partner positioniert, desto einfacher wird sie zukünftig Zugang zu den multilateralen Rüstungsnetzwerken (EAPC/PfP der NATO/Europäische Verteidigungsagentur der EU) und deren Know-how haben. ■

